

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Josef Schmid

Abg. Uli Henkel

Abg. Florian von Brunn

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Hans Friedl

Abg. Albert Duin

Abg. Raimund Swoboda

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 5 d** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung der Bayerischen Bauordnung (Drs. 18/23858)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung erteile ich Herrn Staatsminister Dr. Florian Herrmann das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute schon einmal beim ersten Tagesordnungspunkt darüber gesprochen, aber ich finde, man kann es auch noch einmal wiederholen: Bayern ist Spitzenreiter bei den erneuerbaren Energien.

(Florian von Brunn (SPD): Ach so? – Gisela Sengl (GRÜNE): Was? Das ist schon lange widerlegt!)

Seit gestern haben wir das amtlich, notariell bestätigt und mit Apostille versehen vom Bundesministerium des Herrn Habeck. Ich finde, das sollte jetzt einmal Anlass für Sie alle sein, mit dieser ständigen Schlechtredei der Erneuerbaren in Bayern und des Fortschritts, der in Bayern gemacht wurde, aufzuhören,

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

einfach mit Ihren Lügengeschichten aufzuhören und keine Fake News mehr zu verbreiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie wissen es doch ganz genau: Die Schriftliche Anfrage der Kollegin Weisgerber hat bestätigt, was wir ja schon die ganze Zeit sagen, was aber ständig geleugnet oder falsch gerechnet wird – so lange, bis es dann in Ihren Kram und in Ihre Argumentation

passt. Aber Tatsache ist: Aus keinem anderen Bundesland kommt so viel Strom aus regenerativen Quellen wie aus Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Der Freistaat belegt mit knapp 22 Gigawatt deutlich Platz eins bei der installierten Leistung. Rechnet man die Wasserkraft mit ein, stammt rund ein Fünftel der Gesamtleistung in Deutschland aus Bayern, und wir bauen unseren Vorsprung beständig aus.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch beim Zubau von erneuerbaren Energien in diesem Jahr liegt Bayern klar in Führung, und zwar stammt in diesem Jahr mit knapp 1,2 Gigawatt deutschlandweit sogar rund ein Viertel aus Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Kritik, die seit Monaten an der Staatsregierung geübt wird, entbehrt also jeder Grundlage. Hören Sie endlich auf, in diesen ohnehin äußerst angespannten Zeiten die Menschen durch Falsch-aussagen und Nebelkerzen absichtlich zu verunsichern.

(Lachen bei den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Das sagen Sie!)

Gleiches gilt übrigens auch für die großen, überregionalen Stromtrassen. Wir räumen diesem Thema im Interesse der Erreichung der Klimaziele, der Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähiger Strompreise hohe Priorität ein. Nun ist aber der Freistaat Bayern für die Fertigstellung gar nicht verantwortlich, sondern die Vorhabenträger sind es, die Bundesnetzagentur und der Bund. Die Staatsregierung hat keinen Einfluss auf die Geschwindigkeit des Stromtrassenbaus in Deutschland.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Zur Wahrheit gehört auch, dass der Stromtrassenbau in anderen Bundesländern unter der Führung von Grün oder Rot auch nicht in dem gewünschten Tempo vorankommt.

Ein weiteres Märchen lautet übrigens, Bayern hinke bei der Windenergie hoffnungslos hinterher. Auch das ist falsch. Wir sind zwar nicht Spitzenreiter, liegen aber bei der Ge-

samtkapazität mit Platz acht gut im Mittelfeld und beim Windzubau auf Platz sechs, was auch durchaus angemessen ist im Verhältnis der Eignung des Freistaats, seiner Topographie für Windkraft im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energien, im Vergleich zur Wasserkraft, im Vergleich zur Photovoltaik. Deshalb verzerren Sie auch immer die Darstellung und schneiden sie genau so hin, wie Sie es brauchen. Damit sollten Sie jetzt mal aufhören.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Gisela Sengl (GRÜNE))

Wir wollen auch bei der Windenergie noch besser werden und setzen neue Maßstäbe. Derzeit haben wir in Bayern rund 1.300 Windräder mit einer Leistung von über 2,5 Gigawatt. Baden-Württemberg hat übrigens gut 800 Windräder. Diese Ausgangsposition haben wir auch mit der bislang in Bayern geltenden 10-H-Regelung geschaffen. Sie hat sich – ich betone das – im Kern bewährt. Bayern baut aus, aber in Bayern entsteht kein Windrad ohne vertraglichen Abstand zur Wohnbebauung. Diese Ziele und Überlegungen gelten für uns nach wie vor. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger beim Ausbau der Windenergie auch zukünftig mitnehmen. Deshalb halten wir mit dem neuen Gesetzentwurf auch grundsätzlich an der bestehenden Abstandsregelung fest. Wir entwickeln sie aber vernünftig weiter.

Insbesondere die Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zeigen: Wir brauchen einen robusten Energiemix, um Energiesicherheit und Klimaschutz auch in Zukunft bestmöglich gewährleisten zu können. Dazu gehört auch der forcierte Ausbau der Windkraft. Deshalb ermöglichen wir mehr geeignete Flächen für die Windkraft in Bayern. Wir haben daher sechs Fallgruppen entwickelt, bei denen der Mindestabstand bis zur nächstgelegenen schutzwürdigen Wohnbebauung auf 1.000 Meter reduziert wird. Die sechs Fallgruppen sind – Sie kennen sie aus den Diskussionen –:

Erstens. In der Regionalplanung ausgewiesene Vorrang- und Vorbehaltsgebiete sowie Sonderbauflächen und Sondergebiete für Windkraft in Flächennutzungsplänen.

Zweitens. Flächen in Gewerbe- und Industriegebieten.

Drittens. Vorbelastete Flächen, zum Beispiel entlang von Bundesautobahnen oder Haupteisenbahnstrecken.

Viertens. Repowering-Flächen, also Flächen, auf denen ältere Windanlagen durch modernere ersetzt werden.

Fünftens. Flächen auf militärischen Übungsgeländen.

Sechstens. Bestimmte Waldflächen.

Zugleich setzen wir in einem neuen Artikel 82b der Bayerischen Bauordnung die bundesgesetzliche Vorgabe um. Für Windenergiegebiete, das heißt vor allem für Vorranggebiete, gibt es ab dem 01.06.2023 keinen landesrechtlichen Mindestabstand zur Wohnbebauung mehr. So hat es der Bund im Wind-an-Land-Gesetz verbindlich vorgeesehen. Dies sehen wir mit Blick auf die Anrainer allerdings kritisch; denn wenn der bauplanungsrechtliche Mindestabstand gänzlich wegfällt, tritt an seine Stelle der immissionsschutzrechtliche Mindestabstand. Er könnte je nach Einzelfall deutlich unter 1.000 Meter betragen. Hier riskieren wir dann wiederum ein größeres Konfliktpotenzial in der Bevölkerung.

Wir hingegen wollen mit den Ausnahmen, mit der behutsamen Weiterentwicklung der 10-H-Regelung den Spielraum nutzen, den der Bundesgesetzgeber, die Ampel, den Ländern mit den Fallgruppen einräumt, und zwar bestmöglich und vor allem im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig begrenzen wir die Fälle, für die es nach dem Bundesgesetz ab nächstem Juni keinen Mindestabstand mehr geben soll, auf das rechtlich mögliche Minimum.

Betonen möchte ich, dass wir durch die neue Bayerische Bauordnung das Prozedere vereinfachen. So beschleunigen wir auch die Genehmigung neuer Windkraftanlagen. Ich bin mir sicher, dass diese bayerische Lösung den Ausbau der Windkraft in Bayern

beflügeln wird. Unser Ziel ist es, 1.000 neue Windenergieanlagen auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Gesetzentwurf bringen wir die Windenergie in ganz Bayern voran. Wir haben eine schnelle und einfache Regelung gefunden, die den Vorgaben des Bundes entspricht. Wir stärken damit die bundesweite Führungsrolle Bayerns beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir entwickeln Windenergieanlagen mit der und nicht gegen die Bevölkerung. Deshalb bitte ich um zügige Beratung und am Ende um Zustimmung zum Gesetz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt gleich zu Beginn vom Staatsminister wieder Zahlenverdrehereien. Es soll soundso viel installierte Leistung geben, und diese würde soundso viel Strom produzieren.

(Zuruf)

Herr Staatsminister Herrmann, allein hier und auch in der PM von der CSU: Sie können nicht einmal installierte Leistung und Stromproduktion unterscheiden! Hier fängt das Problem schon an.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Einfach nur lesen!)

Es ist dramatisch, dass Sie selbst in dieser Energiekrise, in dieser Klimakrise Ihren Kampf gegen Windmühlen weiter fortsetzen. Die Windkraftverhinderungskämpfer von CSU und FREIEN WÄHLERN sind zwar jetzt nach dem Wind-an-Land-Gesetz deutlich angeschlagen, aber sie geben ihren Kampf gegen die Windmühlen nicht auf. Gleichzeitig haben wir die Problematik, dass wir diesen sauberen und günstigen Windkraftstrom so dringend bräuchten, gerade im Winter, gerade in Bayern. Deswegen ist es mehr als unverantwortlich, was Sie hier heute mit diesem Gesetz vorlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Es ist klar: Ja, jetzt stehen die Zeichen auch in Bayern auf Ausbau der Windkraft. Das neue Wind-an-Land-Gesetz der Bundesregierung besagt ganz klar: keine pauschalen Mindestabstände mehr in den Vorranggebieten.

Herr Staatsminister Herrmann, Sie haben es richtig genannt, aber sagen dann gleichzeitig: In unserem Gesetz haben wir das berücksichtigt. Ja, aber man muss schon einmal genau hinsehen: In diesem zentralen Punkt haben Sie – obwohl das Wind-an-Land-Gesetz schon klar bekannt war – es nicht verstanden, diese Lücke gleich zu schließen. Hier müssen erst die Verbände kommen und Sie darauf hinweisen, dass die Regelung, die Sie hier einführen wollen, nicht mit dem Bundesgesetz konform ist, weil Sie nämlich vorgesehen haben, dass hier noch überall Mindestabstände gelten. Also so viel Dilettantismus, was Sie hier vorlegen, obwohl das Wind-an-Land-Gesetz schon lange bekannt ist, das kann doch gar nicht sein! Es ist wirklich beschämend, was Sie hier heute vorlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber anstatt diesen Schmarrn einfach zu begraben, versuchen Sie, das nach der Anhörung wieder zu drehen. Sie führen einen Artikel 2 ein, der dann Artikel 1 in dem zentralen Punkt wieder aushebelt. Irgendwann, am 01.01.2023, wird dieses Gesetz in Kraft treten. Danach gibt es aber schon eine Regelung, dass dieser eine zentrale Bestandteil am 01.06.2023 wieder außer Kraft gesetzt wird. Ja, was ist denn das für ein

Rein und Raus aus den Kartoffeln? Wie kann man denn solche Gesetze schreiben?
Es ist wirklich unmöglich, was Sie hier heute vorlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei wäre es sehr einfach gewesen. Den regionalen Planungsverbänden hätte man klar sagen können: Okay, ab jetzt gilt in allen Vorranggebieten für die Windkraft, dass es keine pauschalen Mindestabstände mehr gibt. Es gelten dann einfach die in ganz Deutschland seit Jahrzehnten gültigen einheitlichen Regelungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. So einfach wäre es gewesen. Man hätte heute schon sagen können: Jawohl, Planungssicherheit! – Aber das haben Sie nicht getan. Sie haben wieder einmal verzögert, und so wird das Ganze immer komplizierter. Die Staatsregierung hat überhaupt keinen roten Faden bei der Energiepolitik.

Vielleicht können Sie mir noch einmal erklären, Herr Minister Herrmann, was es für einen Sinn ergibt, wenn ich sage: Ich habe hier einen Acker, ich habe hier einen Wald. Beide haben den gleichen Abstand zum nächsten Wohnhaus. Warum muss dieses Windrad im Wald stehen? Warum kann es nicht auf dem Acker stehen? – Genau das besagt Ihr Gesetz; denn auf dem Acker gelten bei Ihnen jetzt noch 2.500 Meter, und im Wald gilt dann eben der verringerte Abstand. Was ist denn das für ein Quatsch?

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Haben wir überall stehen!)

Dann haben wir gleichzeitig noch die enormen Kosten. Wir bräuchten die Windkraft so dringend, aber Sie machen alles kompliziert und haben es immer noch nicht verstanden. Das ist einfach unverantwortlich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung in einer unteren Immissionsschutzbehörde sagen – ich war dort elf Jahre lang tätig –: Dieses Rein und Raus aus den Kartoffeln ist Gift für einen Genehmigungsprozess. Man muss hier wissen, wo es langgeht.

(Zuruf: Das macht doch die Bundesregierung!)

– Nein, das Wind-an-Land-Gesetz ist klar und eindeutig!

(Zuruf: Das macht doch ihr!)

Sie führen jetzt noch einmal etwas ein, was dann fünf Monate gilt. Jeder Mann und jede Frau in einer Genehmigungsbehörde greift sich hier nur an den Kopf und fragt sich: Haben die denn irgendetwas verstanden? Sie haben null Ahnung von der Praxis!

(Widerspruch – Zurufe)

Hier stellt sich jetzt nur die Frage:

(Beifall bei den GRÜNEN)

Haben Sie einfach null Ahnung von der Praxis, oder wollen Sie die Windkraft nur verhindern? – Wahrscheinlich wird es beides gleichzeitig sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe – Alexander König (CSU): Es ist schlecht, wenn man so an Selbstüberschätzung leidet!)

Frau Kaniber ist jetzt leider nicht mehr hier, aber ich wollte ihr noch einen Satz mitgeben: Bei den Bayerischen Staatsforsten findet demnächst die Aufsichtsratssitzung statt. Sie ist die Vorsitzende, und sie könnte bei den Bayerischen Staatsforsten klar sagen: hundert Prozent Bürgerenergieanlagen. Das könnte sie tun, und das fordern wir auch von der Staatsregierung ein und nicht wieder maximale Gewinnabschöpfung, dass man sagt, der Meistbietende beim Ausschreibungsverfahren bekommt es. Das müssen zu hundert Prozent Bürgerenergieanlagen werden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Abschluss noch, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Mehrheit, 54 % der Bayerinnen und Bayern, ist für die Abschaffung von 10 H. Fast 63 % sind überzeugt, dass Bayern mehr Windräder braucht, um bis 2040 klimaneutral zu werden. In den Regio-

nen, in denen mehr Windräder stehen, ist die Zustimmung größer. Ja, was müssen Sie denn noch alles bekommen, damit Sie endlich einmal begreifen, dass die Bevölkerung draußen die Windkraft will? Sie hat es verstanden. Hören Sie endlich auf mit Ihrem Kampf gegen Windmühlen! Schaffen Sie 10 H ab!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter!

Martin Stümpfig (GRÜNE): Dieses vermurkste Gesetz hier können Sie sofort begraben, direkt nach der Ersten Lesung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Josef Schmid von der SPD-Fraktion. – Ach, von der CSU. Nächster Redner ist Herr Kollege Josef Schmid von der CSU-Fraktion.

(Heiterkeit)

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank für die kleine, aber sehr wichtige Korrektur. Darauf lege ich schon Wert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Stümpfig, jedes Mal, wenn Sie hier sprechen, herrscht maximale Aufregung,

(Alexander König (CSU): Das stimmt: Viel Show um nichts!)

maximale Empörung. Immer Extrembegriffe wie Dilettantismus und "rein und raus"!

(Zuruf)

Ich sage Ihnen einmal eines: Vielleicht überlegen Sie sich einmal Ihre Taktik und Ihren rhetorischen Auftritt; denn glaubwürdiger wird das, was Sie sagen, dadurch nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich finde es echt kühn, wenn Sie Staatsminister Herrmann und uns Zahlendreherei vorwerfen, wenn diese Zahlen bestätigt aus dem Bundeswirtschaftsministerium kommen.

(Beifall bei der CSU)

Meines Wissens gehört Habeck nicht zur CSU. Oder vielleicht doch?

(Alexander König (CSU): Wirklich nicht! Das kann ich bestätigen!)

Meines Wissens gehört Habeck nicht zur CSU, sondern er gehört zu den GRÜNEN.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Die "Augsburger Allgemeine Zeitung" hat es als Erstes geschrieben, dann haben es auch andere geschrieben: Aus keinem anderen Bundesland

(Anhaltende Unruhe bei den GRÜNEN)

kommt so viel Strom aus erneuerbaren Energien wie aus Bayern. Herr Hartmann, es ist so.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Jetzt möchte ich einmal wissen, ob das falsch ist: Sind 11,9 Terawattstunden Strom aus Wasserkraft falsch? Sie haben gesagt, das ist ein Zahlenverdrehler. Sie stellen sich hier hin und sagen, diese Zahl ist falsch. Oder sind 9,2 Terawattstunden Strom aus Biomasse falsch? – Wenn ja, dann kommen Sie hierher und nennen Sie die richtigen Zahlen. Oder sind 12,1 Terawattstunden Strom aus Solarenergie – übrigens mehr als Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zusammen – falsch? – Dann kommen Sie her und sagen Sie, diese Zahlen sind falsch. Die sind aber nicht falsch, die sind richtig, und das ist unsere Spitzenleistung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind übrigens auch bei den grundlastfähigen Quellen vorne. Das ist ganz wichtig, und das muss man auch erzählen. Das lassen Sie nämlich immer weg. Es kommt doch darauf an, dass wir den Strom in der Grundlast haben, und da ist Bayern auch Spitze. Insofern können Sie gern darlegen, was daran falsch sein soll. Was nicht falsch ist, habe ich Ihnen gesagt.

Mir war schon klar, dass Sie jetzt mit dieser Umfrage daherkommen, die Mehrheit der Bayern sei gegen die 10-H-Regelung, die Regelung soll komplett weg. Das kann man heute auch in der Zeitung lesen. Ich sage Ihnen ganz offen, das erinnert mich ganz stark an etwas, was wir in der Kommunalpolitik ständig erleben und was auch viele Abgeordnete, die in den Stimmkreisen unterwegs sind, kennen. Es gibt dieses Phänomen, für irgendetwas zu sein, was gut klingt. Da bin ich dafür, es sei denn, es ist gleich bei mir nebenan.

(Heiterkeit)

Mittlerweile erlebe ich sogar, dass es Widerstand gegen Schulen gibt. Vorher gab es schon den Widerstand gegen Kindergärten. Vielleicht, weil die Kinder Lärm machen. Manchmal kommt es mir so vor, das Problem gibt es, egal für welche Einrichtung Sie sind. Ich habe es schon bei einem Altenheim, bei einem Seniorenheim erlebt. Auch da gab es Widerstand. Der wird dann am Verkehr festgemacht oder an sonstigen Dingen. Wenn Sie heute objektiv fragen: Sind Sie dafür, dass alle Kinder betreut werden können und dass es genügend Kindergärten, Kinderkrippen und Kinderhortplätze gibt? –, da sagt jeder: Ich bin dafür. – Wenn es aber nebenan ist, dann erleben Sie immer eine Bürgerinitiative, die gleich dagegen ist.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Wie gesagt, das erlebe ich auch bei Schulen. Da habe ich ein Beispiel aus dem Münchner Westen. Da sagen alle: Nein. Klar, für Schulen sind wir schon, wir sind für weiterführende Schulen, für ein Gymnasium, das ist doch klar, aber nicht auf dieser Wiese, und auf der anderen geht es leider auch nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ich sage Ihnen, das Beste war das Seniorenheim. Genau so kommt mir diese Umfrage vor, weil wir sehen, wie in der Vergangenheit vor Ort die Widerstände organisiert waren. Da sind auch oft Parteigänger Ihrer Partei dabei, die dann die Widerstände gegen die Windräder vor Ort organisieren.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist für mich diese Umfrage, nicht mehr und nicht weniger.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Das ist übrigens auch der Unterschied zwischen uns und Ihnen. Staatsminister Herrmann hat die sechs Punkte aufgezählt: Vorrang- und Vorbehaltsgebiete, Sonderbauflächen, Flächen in Gewerbe- und Industriegebieten, dann da, wo schon bedeutende Verkehrsinfrastruktur ist – also sprich: Autobahnen, vierspurige Straßen, Bahngleise –, dann der Ersatz – Repowering genannt, um es mit einem neubairischen Ausdruck zu sagen –, militärische Übungsgelände und Waldflächen. Da wollen wir entsprechende Gebiete nutzen, bei denen wir von Haus aus glauben, dass wir mit mehr Unterstützung der Leute vor Ort rechnen können. Das kommt daher, dass wir abwägen. Wir nehmen die Sorgen der Menschen vor Ort wahr und nehmen sie ernst. Wir wischen sie nicht einfach weg, sondern wir versuchen, mit dieser Regelung, mit dieser Änderung der Bayerischen Bauordnung einen Kompromiss zu finden, um alle Teile der Bevölkerung bei diesem wichtigen Thema mitzunehmen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Stümpfig, weil Sie es nicht verstanden haben, erkläre ich es Ihnen am Beispiel Wald und Acker. Es ist doch völlig klar: Wenn ich ein Windrad auf den freien Acker stelle, wirkt das ganz anders, viel bedrohlicher, als wenn es im Wald ist. Das ist der Grund für die Waldflächen. Der Wald nimmt dem Ganzen schon rein optisch eine gewisse bedrohliche Wirkung.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Wenn Sie das nicht verstehen, dann bleiben Sie gerne dabei. Wir verstehen das aber schon, weil wir die Bürger, und zwar beide Seiten, die Befürworter und die Gegner, ernst nehmen und versuchen, Kompromisse zu finden. – Das ist die Linie der CSU. Deshalb ist dieses Gesetz gut. Es entspricht im Übrigen auch einem Beschluss der CSU-Landtagsfraktion. Deshalb stimmen wir diesem Gesetz zu.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schmid, es gibt drei Zwischenbemerkungen. – Die erste kommt vom Abgeordneten Uli Henkel von der AfD-Fraktion.

Uli Henkel (AfD): Herr Kollege Schmid, statt des Staatsministers darf ich nun Sie fragen: Wie bewerten Sie den Umstand, dass in den Hochspannungsschaltanlagen der bundesweit momentan etwa 30.000 Windräder zur Isolierung Schwefelhexafluorid verwendet wird, obwohl dieses SF₆ über 20.000-mal stärker wirkt als Kohlendioxid und damit von allen bekannten Chemikalien die stärkste Treibhauswirkung überhaupt hat? In den letzten sechs Jahren ist die SF₆-Konzentration in der Atmosphäre um das Zehnfache angestiegen. Selbst die Bundesregierung konzediert deshalb, dass die SF₆-Emissionen ähnlich stark zum Treibhauseffekt beitragen wie der gesamte innerdeutsche Flugverkehr. Deshalb meine Frage: Wenn die Staatsregierung nun heute Erleichterungen für die Errichtung von Windrädern vorschlägt, sollte dann nicht wenigstens gleichzeitig ein SF₆-Verbot bei den neuen Windrädern zu einer weiteren Einrichtungsvoraussetzung gemacht werden? Es ist doch irre, wenn wir Windräder errichten, um illusionäre Klimaziele zu erreichen und parallel dazu mit SF₆ die Atmosphäre wissentlich nachhaltig zerstören.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr Henkel, ich frage mich, was diese Frage eigentlich mit unserem Gesetz zu tun hat und mit der Fragestellung, die wir hier diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Eines sage ich Ihnen: Ich habe keine Anlage zerlegt, so wie Sie das offenbar in Ihrer Freizeit tun, und habe auch nicht nachgeschaut, wo welcher Stoff drinsteckt. Eines ist aber klar: Sie wollen damit doch wohl nicht sagen, dass wir auf die Windkraft verzichten sollen? – Das kann es ja wohl auch nicht sein, bei aller Liebe. Insofern ist diese Frage eigentlich völlig am Sachverhalt vorbei. Unsere Weiterentwicklung der 10-H-Regelung ist gut. Sie wird in Bayern dafür sorgen, dass wir die Nutzung der Windkraft noch weiter verstärken, damit wir weiterhin die Nummer eins bei den regenerativen Energien bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Florian von Brunn von der SPD gemeldet.

(Uli Henkel (AfD): Gibt es keine weiteren Zulassungsvoraussetzungen?)

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Schmid, wir haben schon mehrfach von Staatsminister Herrmann und von Ihnen gehört, dass es eine Antwort auf eine Anfrage der CSU-Landesgruppe gibt, wonach Bayern angeblich bei den erneuerbaren Energien führend sei.

(Zuruf von der CSU: Lesen Sie die Zeitung nicht?)

Jetzt wollte ich Sie fragen: An welchem Indikator, an welchen Kriterien wird das denn festgemacht, an der installierten Leistung, anteilig an der Bruttostromerzeugung oder am Bruttostromverbrauch? Sie sind doch Experte, Sie können das sicher beantworten.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr von Brunn, vielleicht lassen wir Ihnen auch die Antwort des Bundesministeriums zukommen, dann können Sie das selbst nachlesen. Für den Moment behelfe ich mich mit der "Augsburger Allgemeinen Zeitung". Es

ist ja nicht so, als ob das aus einer Verlautbarung der CSU-Landesgruppe in Berlin kommt.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Da heißt es, die installierte Gesamtleistung aus Biomasse, Solar-, Wind- und Geothermie in Bayern betrug Ende Juni rund 21.898 Megawatt. Niedersachsen hat 19.323 Megawatt und ist auf Platz zwei. Der Freistaat führt auch beim Zubau in diesem Jahr. Das hat der Minister bereits gesagt. Weil ich mich bei der Beantwortung einer Zwischenbemerkung kurzfassen muss, verzichte ich darauf, alle weiteren Zahlen, die ich vorliegen habe, vorzulesen. Ich glaube, die Landtagsfraktion ist aber so nett und organisiert das. Die Mitarbeiter werden Ihnen die Antwort gerne zukommen lassen, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schmid, Ihre Redezeit!

Josef Schmid (CSU): – falls Sie diese von Ihrem grünen Partner in Berlin nicht bekommen.

Florian von Brunn (SPD): Danke schön.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung, und zwar vom Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Schmid, Sie wissen schon, dass eine installierte Kilowattstunde bei einer Windkraftanlage das 2,5-Fache macht wie bei Photovoltaik. Das ist ein Riesenunterschied. Deshalb ist es etwas eigenartig, was Sie hier vortragen. Das sollte man vorher schon gelesen haben und nicht nur aus einer Zeitung zitieren, wenn Sie schon eine Anfrage haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Ein absoluter Schlaumeier!
Der hat schon beim Landratsamt gearbeitet!)

Die eigentliche Frage, die ich habe, ist hingegen: Es gibt in Bayern die Vorgabe, 1,1 % Windkraftfläche bzw. 1,8 % müssen wir ausweisen. Jetzt ist es aber so, dass in dem Windanlagengesetz nur Vorranggebiete zählen. Praktiker in den Regionalen Planungsverbänden sagen mir ganz klar: Wir werden nur Vorranggebiete ausweisen. Wir werden die Ausnahmen des Gesetzes, das jetzt kommen könnte, so nicht heranziehen, weil es sich um Flächen handelt, die nicht zählen. – Erklären Sie mir doch einmal, warum man diese Ausnahmen nutzen sollte, wenn die Flächen nach dem Windanland-Gesetz überhaupt nicht zählen. Warum kann man nicht einfach Vorranggebiete ausweisen? Die Regionalen Planungsverbände kennen ihre Region am besten. Die Landkarte ist weiß. Die Flächen kommen dann an die am besten geeigneten Standorte. Warum machen Sie das so schrecklich kompliziert?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stümpfig, Ihre Redezeit!

Martin Stümpfig (GRÜNE): Warum zählen diese Flächen dann überhaupt nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Josef Schmid (CSU): Herr Kollege Stümpfig, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie auch den Blick in die Zukunft gepachtet haben. Sie wissen also schon, welche unserer sechs Möglichkeiten jetzt angewandt wird und welche nicht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich weiß das nicht. Ich halte das Gesetz für ein gutes Gesetz, weil alle sechs Möglichkeiten gute Möglichkeiten sind. Ansonsten darf ich Ihre Eingangsfrage mit einer Ausgangsfrage beantworten: Sie wissen aber schon, dass in Bayern mehr Sonne scheint als Wind weht, oder?

(Beifall bei der CSU – Martin Stümpfig (GRÜNE): Und im Winter?)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Prof. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Verehrter Herr Vizepräsident, meine verehrten Damen und Herren, liebe Bayern! Weltrekordpreise für unsere Energie haben wir auch schon vor dem Ukraine-Krieg gehabt. Nicht, dass jemand kommt und so tut, als wenn das alles erst durch die aktuelle Situation bedingt wäre! Nein, sie kommen daher, weil wir – alle Kartellparteien, die hier sitzen, waren daran beteiligt – eine Energiewende haben, die viel, viel, viel mehr Geld gekostet hat, als sie uns einbringt. Was ist die Konsequenz? – Die Energiesicherheit ist immer noch nicht gewährleistet.

Jetzt kommen Sie daher und wollen bei der Windkraft ein Repowering machen, also alte Windkraftanlagen neu bauen. Sie sollen näher an die Menschen heran, das heißt, sie werden in ihrer Ruhe, in ihrem Heim gestört; sie sollen höher gemacht werden – Thema Schattenschlag. Näher und höher – insofern wollen Sie die Menschen daran gewöhnen. Das ist das Stichwort: Sie wollen die Menschen daran gewöhnen. Ich sage Ihnen eines: Ich werde mich niemals daran gewöhnen, dass Sie die Menschen an so etwas gewöhnen wollen.

Dort, wo der Widerstand der Menschen zu groß wird – das ist ja durch den Taschenspielertrick zu erwarten; Sie wollen § 82 ändern –, sagen Sie, Sie würden die 10-H-Regel nicht kippen. In Wirklichkeit weichen Sie sie durch das Hintertürchen auf. Aufgrund vieler Ausnahmeregelungen kommen die Windräder näher an die Menschen heran. Dort, wo sich die Menschen wehren, gehen Sie dann in Gebiete, in denen sich eben keiner wehren kann; denn die Natur kann sich nicht wehren. Sie gehen in die letzten intakten bayerischen Wälder. Selbst die "Süddeutsche Zeitung" hat geschrieben, dass jetzt die Windkraftanlagen in die Bayerischen Staatsforsten einrücken. Und das alles in einem Gesetzentwurf von CSU und FREIEN WÄHLERN. Das ist ein Drama und natürlich auch ein Kniefall vor den Klimajüngern, die aus der links-grünen Ecke kommen.

Sie versuchen jetzt, auf eine aktuelle Problematik aufzuspringen, indem Sie sagen, das würde zur Energiesicherheit beitragen. Natürlich tut es das nicht, werte CSU, weil jeder weiß, dass es Jahre dauert, bis ein Windrad geplant und gebaut ist. Dabei sprechen wir noch gar nicht von den Netzen in Bayern. Das dauert Jahrzehnte. Es braucht also keiner zu behaupten, dass uns das Energie für diesen oder den nächsten Winter bringen würde.

(Zuruf von der CSU: Aber wir müssen einmal anfangen!)

Insofern ist dies auch überhaupt keine Lösung. Es ist ein Schaden. Es ist ein Schaden für Mensch, Tier und die Natur; denn die Vögel, die Fledermäuse, die Insekten, die schon heute an diesen Windrädern scheitern, können sich nicht wehren. Sie können sich leider nicht wehren. Deshalb versuchen Sie, in diese letzten intakten Naturgebiete hineinzugehen. Die AfD wird das nicht mitmachen.

Die letzte Frage, die sich mir stellt, lautet einfach nur: Warum? Warum tut die Regierung so etwas? Für mich gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder Sie haben schlicht Angst, Angst vor den links-grünen Ideologen, die hier im Haus sitzen und die Sie vor sich hertreiben, oder – und das ist der schlimmere Fall – Sie sind selbst längst Teil der linksradikalen Klimasekte geworden,

(Lachen bei den GRÜNEN)

da Sie hier tatsächlich einen solchen Gesetzentwurf in das Haus einbringen. Die AfD wird ihn jedenfalls ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Kollege Hans Friedl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute findet die Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung

zur Änderung der Bayerischen Bauordnung statt. Lassen Sie es mich mit Neil Armstrong – einige werden sich an die erste Mondlandung erinnern – versuchen: Ein kleiner Schritt für die Erde, ein großer Schritt für Bayern.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Für die CSU, oder?)

Den hier vorliegenden Gesetzentwurf sehen meine Fraktion und ich als kleinen Stein in einem immer größer werdenden Mosaik. Die Auswirkungen des Klimawandels kann niemand leugnen, und wir müssen ihn angehen – keine Frage.

Ein Beitrag dazu ist der Ausbau der regenerativen Energien. Ich möchte jetzt nicht auf die Lesbarkeit und die Interpretation von Statistiken zu der Frage eingehen, welches Bundesland wann welche Träger erneuerbarer Energien umgesetzt hat und welche Zubauquoten erreicht wurden. Das ist wenig zielführend.

Das Ziel heute ist eine Stärkung der Windkraft. Man kann darüber diskutieren, ob eine 10-H-Regel, wie sie in der Bayerischen Bauordnung verankert ist, sinnvoll ist. Heute wollen wir aber die Länderöffnungsklausel des Baugesetzbuches für Windräder nutzen, um die in der Bayerischen Bauordnung bestimmte Abstandsregelung für Windkraftanlagen zu konkretisieren. Dies wird selektiv vorgeschlagen, und das ist richtig. Wie gesagt: Es ist ein kleiner Schritt, und er geht in die richtige Richtung.

Die bestehenden Ausnahmen von der 10-H-Regel in Artikel 80 werden erweitert und so gefasst, dass die 10-H-Regel zum Beispiel in einem Abstand von maximal 2.000 Metern von einem Industrie- oder Gewerbegebiet fällt, wenn der erzeugte Strom überwiegend in diesem Gebiet genutzt wird. Hier wurde bereits in die Landschaft eingegriffen, und nun könnten Synergieeffekte genutzt werden. Das Gleiche gilt an Haupteisenbahnstrecken oder an Bundesautobahnen. Hier gilt es nun, die Gestaltungsspielräume zu nutzen.

Wir müssen aber auch ehrlich sein. Nicht nur die 10-H-Regel hat dazu beigetragen, dass der Ausbau der Windenergie ins Stocken geraten ist. Abstände zu Drehfunkfeu-

ern für die Luftfahrt mussten eingehalten werden. Immissionsschutzrechtliche Grenzwerte und Artenschutz spielten und spielen auch jetzt noch eine Rolle. Für Funkfeuer wurde in Berlin eine Lösung gefunden. Wenn wir der Bevölkerung zum Beispiel eine höhere Lärmbelastigung zugunsten der Windräder zumuten wollen, dann brauchen wir hierfür einen Konsens. Diesen Konsens müssen wir politisch herstellen.

Beim Artenschutz – Stichwort: Roter Milan – ist Bayern wieder einmal Vorreiter. Das Wirtschafts- und das Umweltministerium unterstützen die Pilotanlagen zum Vogelmotoring in der Gemeinde Fuchstal.

Die letzten Monate, aber auch die aktuelle Situation haben gezeigt, dass wir uns sowohl auf der Energieerzeugungs- als auch auf der -verbrauchsseite auf breiter Ebene aufstellen müssen, auch wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien bekämpft wird. Vielleicht sind wir in Bayern uns in der Vergangenheit selbst im Weg gestanden. Gerade deshalb müssen wir FREIEN WÄHLER in der Bayernkoalition den einen oder anderen Weg weiter korrigieren, um die nächsten Schritte gehen zu können. Viele kleine Schritte lassen uns das Ziel erreichen. Deshalb werden wir, die Fraktion der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag, dem Gesetzentwurf in allen Stadien des Verfahrens zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Kollege Friedl, bleiben Sie noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Prof. Hahn von der AfD gemeldet.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Friedl von den FREIEN WÄHLERN, ich finde es bemerkenswert, wie Sie nun auch beim Windkraftausbau vor den GRÜNEN buckeln. Sie schreiben in Ihrem Entwurf ja selbst:

Die Regelung in Art. 82 der Bayerischen Bauordnung [...] wurde eingeführt, um einen gerechten Ausgleich zwischen der Förderung erneuerbarer Energien einer-

seits und dem Schutz von Natur- und Landschaftsbild andererseits zu ermöglichen.

Nun stelle ich fest: Der Ausbau der Erneuerbaren ist extrem schädlich für Umwelt und Natur; Sie selbst haben das Beispiel des Milans genannt. Windräder sind auch für den Menschen gesundheitsschädlich. Von der Zerstörung des Landschaftsbildes brauchen wir wohl gar nicht zu reden.

Wie soll denn bitte dieser "gerechte Ausgleich", den Sie hier lobpreisen, aussehen? Machen Sie sich hier im Plenum wenigstens einmal ehrlich und sagen Sie ganz klar, dass es beim Windkraftausbau keinerlei Gerechtigkeit, weder für den Menschen noch für die Natur noch für die Tiere, gibt, sondern lediglich volle Geldbeutel für die Lobbyfreunde der GRÜNEN, nämlich die Windkraftindustrie.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Prof. Hahn, wir FREIEN WÄHLER – das gilt auch für die CSU – als Teil der Bayernkoalition buckeln mit Sicherheit nicht vor den GRÜNEN.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir suchen nach Lösungen – zielorientiert –, um den Bürgerinnen und Bürgern die Energie bereitstellen zu können. Herr Kollege Hahn, wir bekommen im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz immer wieder mit, dass Sie sich als Naturschützer, Insektenschützer und Vogelschützer berufen fühlen. So sehen Sie Ihre neue Aufgabe. Glauben Sie eigentlich, dass das Vogelmonitoring-System in Fuchstal zur Gaudi installiert worden ist?

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Kollege Friedl. Er steht schon am Redepult.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Hahn, ich glaube, darüber diskutieren wir besser, wenn Sie weniger Öffentlichkeit haben, nämlich im Umweltausschuss. Dort werden Sie mit Sicherheit die eine oder andere Aussage zurückziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Friedl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube das, was in der Antwort auf die Anfrage der CSU-Landesgruppe steht. Es ist ja bekannt, dass Bayern die höchste installierte Leistung an Photovoltaik, Wasserkraft und Bioenergie hat. Bayern hat also ein tolles Auto mit einem 300-PS-Motor.

Aber die bayerische Wirtschaft – und generell der Freistaat Bayern mit seinen vielen Einwohnern – ist ein Lkw. Sie wollen mit einem Pkw-Motor einen Lkw betreiben. Das erzählen Sie uns gerade. Damit wird das eigentliche Problem illustriert: Es geht nicht um die installierte Leistung, Herr Herrmann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht darum, dass wir es schaffen, mit erneuerbaren Energien das, was wir in Bayern an Energie brauchen, zu erzeugen. Von diesem Ziel sind Sie meilenweit weg.

Heute legen Sie uns diesen Gesetzentwurf vor. Das ist ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Verwaltung.

(Beifall bei der SPD)

Der Gesetzentwurf ist super kompliziert. Sie reden die ganze Zeit von Bürokratieabbau, legen uns aber ein Bürokratiemonster vor.

Man muss zusätzlich darauf hinweisen, wie lange die Erarbeitung gedauert hat. Irgendwann im Sommer letzten Jahres hatte Markus Söder einen Entwurf angekündigt.

Im April, nachdem Putin die Ukraine überfallen hat und Sie schon darüber geklagt haben, dass es mit der Energieversorgung eng werde, haben Sie einen Entwurf großspurig in einer Pressemitteilung des Kabinetts angekündigt. Erst heute bringen Sie einen Entwurf zur Ersten Lesung ein. Sie kritisieren die ganze Zeit die Bundesregierung und bekommen selber nichts hin.

Ende des Jahres soll das Gesetz verabschiedet werden. Dann beginnt die Verwaltung, es umzusetzen. Wenig später findet schon die Landtagswahl statt, und das Problem ist für Sie erledigt. So, wie Sie es machen, kann man mit dem Thema "Energieversorgung der Zukunft in Bayern" nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal in der Nacht hinausgegangen sind und geschaut haben, ob die Sonne scheint. Ich kann es Ihnen sagen, Herr Herrmann: Die Sonne scheint nicht. Also liefert auch die Photovoltaik keinen Strom.

Wenn Sie im Winter in Badehose hinausgegangen sind, werden Sie vielleicht festgestellt haben: Es ist nicht warm, weil die Sonne im Winter kaum wärmt. Die Photovoltaik liefert also auch im Winter nicht genug Strom.

Genau deswegen brauchen wir die Windkraft. Ich wiederhole unsere Aufforderung an Sie – ich habe sie schon in der Aktuellen Stunde formuliert –: Legen Sie Ihre ideologischen Scheuklappen zur Seite, erkennen Sie die Realität an und bauen Sie endlich die Windkraft aus!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Windkraft und Photovoltaik ergänzen sich hervorragend. Wenn man es zusammen betrachtet, kommt man zu dem Ergebnis: Die Windkraft liefert dann, wenn die Photovoltaik nicht liefert, und die Photovoltaik liefert dann, wenn die Windkraft nicht liefert. Dann braucht man auch weniger Speicher und weniger Leitungen.

(Zurufe von der AfD: Unsinn! – Total lächerlich!)

– Die Störungen von rechts sind mir jetzt egal. – Roland Weigert ist gerade gegangen. Der Wirtschaftsminister ist auch nicht da. Er hat sich vor Kurzem in der Oberpfalz ein Projekt der Firmengruppe Bögl angeschaut, die genau dort Windräder gebaut hat, wo schon Photovoltaik vorhanden ist. Aus gutem Grund hat Bögl so gehandelt; denn sie wissen, dass sich beides gegenseitig ergänzt und dass nur ein Einspeisepunkt benötigt wird.

Mit Ihrem Gesetzentwurf aber kommen wir überhaupt nicht weiter. Damit wird es nicht gelingen, den zukünftigen Bedarf der bayerischen Industrie und der bayerischen Haushalte zu decken. Sie müssen einmal so ehrlich sein und das eingestehen.

Ich habe heute interessiert zur Kenntnis genommen, dass der Ministerpräsident – er war ja nicht im Landtag – Arnold Schwarzenegger mit dem Ehrenpreis des Bayerischen Fernsehpreises ausgezeichnet hat. Arnold Schwarzenegger hat gesagt, er wisse gar nicht, warum. Auch wir wissen nicht genau, warum der Ministerpräsident es gemacht hat. Ich weiß nicht, ob er sich als Terminator der Windkraft in Bayern sieht oder ob er diese Auszeichnung Horst Seehofer überlässt.

Ich kann Ihnen nur sagen: Der Vergleich mit Arnold Schwarzenegger hinkt. Der Ministerpräsident ist der Don Quijote in Bayern. Er kämpft gegen Windmühlenflügel und ist ein Ritter von der traurigen Gestalt, was erneuerbare Energien angeht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr von Brunn, es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Hahn von der AfD-Fraktion. Herr Prof. Hahn, bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Heute bleibt mir gar nichts erspart.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Kollege Brunn, ich weiß nicht, ob Sie schon einmal etwas von Dunkelflaute gehört haben. Sie haben ja wohl schon einmal mit Badehose nachts draußen gestanden; das wird eine Nacht gewesen sein, in der es nicht nur dunkel war, sondern in der auch der Wind geweht hat. Aber es gibt die Situation, dass selbst nachts der Wind nicht weht, auch wenn Sie sich das vielleicht nicht vorstellen können.

Aber zur Sache: Wir haben seit 20 Jahren die Energiewende. Der Ihrer Partei angehörende damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder startete sie, und sie wurde dann 20 Jahre lang fortgesetzt. Was ist die Konsequenz von 20 Jahren SPD-Energiewende? Wir haben wahnsinnige Preise, ja Weltrekordpreise. Es stand neulich im "Focus": Im Januar hatten wir die höchsten Preise weltweit, und das wegen der Energiewende, weil sie so unglaublich teuer ist.

Von dieser Medizin – Ihrer Windkraft – haben wir schon so viel bekommen, dass die Leute den Strom langsam nicht mehr bezahlen können; so teuer ist er geworden. Und Ihnen fällt nichts Besseres ein als zu sagen: Wir wollen mehr. Wir wollen mehr. Wir wollen mehr, noch mehr von dieser Medizin.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Dann will ich Ihnen noch eines sagen: Dieses Land wird ganz krank werden, und die Leute werden kein Geld mehr haben. Das ist auf Ihre Initiative aufgebaut worden.

Florian von Brunn (SPD): Herr Hahn, wenn Sie sich zu Wort melden, dann weiß ich schon, woher der Wind weht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Allerdings kann ich das verneinen. Im Gegensatz zu Ihnen bzw. der AfD gehe ich üblicherweise nicht nachts mit Badehose auf die Straße. Ich kann Ihnen aber sagen, dass

Windkraft die günstigste Form der Energieerzeugung ist. Vielleicht sollten Sie sich nicht nur mit alternativen Fakten beschäftigen – das machen Sie ja am liebsten –, sondern auch mit der Realität, mit wissenschaftlichen Fakten. Dann wüssten Sie das, Herr Professor.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Albert Duin von der FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Langsam, aber sicher kommt auch die Staatsregierung – scheinbar – zur Vernunft und korrigiert die Fehler der Vergangenheit. Wir leiden heute unter zweifelhaften Entscheidungen, die in der Vergangenheit erfolgt sind. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie Herr Aiwanger vor Ort gewesen ist und gegen die HGÜ-Leitungen gewettert hat. Heute stellt sich heraus, dass sie doch sehr nötig sind, damit wir eine vernünftige Energieversorgung haben.

Ich glaube, hier wird vieles durcheinandergeworfen. Herr Stümpfig sagt, wir lägen bei der Versorgung mit erneuerbaren Energien hinter den norddeutschen Ländern zurück. Josef Schmid entgegnet: Wir führen. – Herr Stümpfig redet vermutlich nur von der Wind- und der Sonnenenergie, während Josef Schmid anscheinend das ganze Paket, mit Wasserkraft und allem Drumherum, meint. Man muss schon sehen, dass auch die Wasserkraft zu den Erneuerbaren gehört.

Nichtsdestotrotz gilt: Wir müssen bei den erneuerbaren Energien unbedingt etwas tun – ganz klar. Es wird auch nicht sofort funktionieren. Aber auch wenn der Prof. Hahn sagt, das dauert noch 20 Jahre, da brauchen wir gar nicht erst anfangen –, gilt: Wenn wir nicht anfangen, werden wir nicht fertig werden.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Ich finde den Schritt jetzt richtig anzufangen. Das ist ein Gesetzentwurf, und wir werden noch viel Gelegenheit haben, Änderungen hineinzubringen. Vielleicht ist er auch ein bisschen mit heißer Nadel gestrickt, weil man doch gesehen hat, dass das jetzt sehr nötig ist. Jetzt sollen also die Lockerungen der 10-H-Regelung kommen: Vorrang- und Vorbehaltsgebiete, Gewerbe- und Industriegebiete, auf Truppenübungsplätzen und so weiter und so fort. Je nach dem, wenn man mal fragt, müssen 300, 600, 800 oder vielleicht 1.000 Windanlagen aufgestellt werden.

Dieses Gewurschtel bringt uns im Moment nicht weiter. Wir gaukeln den Leuten draußen vor, dass wir die Lösung haben, indem wir Windanlagen oder auch Photovoltaik-Anlagen bauen. Aber das Ganze dauert Jahre. Wir müssen bis dahin aber über die Runden kommen.

Jetzt wird schon von zwei Preiszonen in Deutschland gesprochen. Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass wir über Jahrzehnte aus Bayern einen Riesenanteil, einen Solidaritätszuschuss, gezahlt haben, damit eben alles aufgebaut werden kann, und auf einmal sollen wir benachteiligt werden. Das funktioniert nicht. Wir brauchen auf alle Fälle zuverlässigen, grundlastfähigen Strom in Bayern.

Ich denke an die Industriebetriebe, die ich schon besucht habe: Das sind Glas und Keramik, und natürlich auch die Chemie oder auch kleine Unternehmen. Sie stehen heute wirklich vor dem Übel, fragen zu müssen: Ja, wie soll ich denn weitermachen, wenn sich meine Energiekosten verzehnfacht haben? – Darüber müssen wir jetzt sofort reden. Das ist sofort auf den Tisch zu bringen.

Windkraft in Zukunft: ja. Wir müssen die Flächen gut aussuchen, und wir dürfen uns die Bevölkerung nicht zum Feind machen, weil sie uns im Prinzip wählt und darauf vertraut, dass wir für sie die richtigen Entscheidungen treffen.

Aber, Herr von Brunn, Sie haben mich leider einfach gereizt: Wenn ich im Winter mit der Badehose tagsüber draußen stehe und die Sonne scheint, dann friert es mich zwar, aber die Photovoltaik-Anlage liefert mehr Strom als im Sommer, weil nämlich der

Wirkungsgrad bei Kälte auf alle Fälle steigt. Ein bisschen physikalisches Wissen sollte man schon haben, denn sonst braucht man nichts anfangen.

(Beifall bei der FDP – Florian von Brunn (SPD): Also Herr Duin!)

Der Gesetzentwurf geht also in die richtige Richtung. Wir werden uns in Zukunft auch nicht verschließen. Im Moment ist das noch gewurstelt. Wir werden noch ein bisschen daran rumarbeiten. So, in der vorliegenden Form, lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Die Söder-Administration von CSU und FREIEN WÄHLERN dreht ein Jahr vor der Bayern-Wahl hektisch am Windrad; denn es geht um Sein oder Nichtsein. Nichtsein, das ist die Bedrohung des Bürgerschutzes, die Gefährdung des Landschaftsschutzes, die Gefährdung des Artenschutzes und natürlich auch die Gefährdung der politischen Vernunft.

(Tobias Reiß (CSU): Ihr Nichtsein ist ja schon besiegelt!)

Sein bedeutet für Söder das Verbleiben an der Macht. Er wünschte sich das zumindest. Die CSU ist aber leider labil geworden, nicht nur in ihrer Ausrichtung als christlich-konservativ-bürgerlich – das war einmal –, sondern auch in ihrer praktischen Politik, wie diese Änderung der Bayerischen Bauordnung einmal mehr zeigt. Die CSU gibt damit eine verlässliche Haltung auf und schwenkt ein auf die debile, linkisch-grüne Klimapolitik.

Nominal bleibt die 10-H-Regel, also die Abstandsregel, erhalten. Rechtlich und tatsächlich reduzieren die sechs Ausnahmefallgruppen den bisherigen Abstand von zwei Kilometern auf einen Kilometer. Vorrang- und Vorbehaltsgebiete mit bereits vorhande-

nen Windrädern – man spricht da von Vorbelastung – können erneuert, erweitert und verdichtet werden, was die künftige kommunale Planungshoheit de facto sehr beschränken wird. Die CSU setzt dabei auf den Gewöhnungseffekt. Man könnte auch sagen: auf die Verdummung der Bevölkerung vor Ort. Das gilt auch für die Ausweitung auf Waldgebiete.

Es ist eindeutig: Die CSU geht raus aus den stabilen Energieträgern Atom, Kohle, Öl, Gas und rein in die Flatterenergien Sonne und Wind. Doch ich rate der CSU: Seien Sie vorsichtig, damit Sie selbst nicht ins Flattern kommen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit!

Raimund Swoboda (fraktionslos): In Europa vollzieht sich zurzeit ein Rechtsrutsch, und diese Windräder, die Sie jetzt bauen und verdoppeln wollen, könnten für Sie zu den Grabsteinen Ihrer Macht werden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, das Ende Ihrer Redezeit ist erreicht.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich wünsche Ihnen dabei viele Bauchschmerzen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Nein. Dann ist das so beschlossen.